

Raina Zimmering

Geopolitik auf lateinamerikanisch – verlieren die USA ihren Hinterhof?

Die Frage, ob den USA der „Hinterhof“ verloren geht, ist in erster Linie eine geopolitische und impliziert für Lateinamerika, „Einflussgebiet“ des Zentrums USA zu sein. Kann Lateinamerika angesichts der globalen Machtverschiebungen sein Hinterhof-Dasein überwinden? Wird Lateinamerika Spielball zwischen sich bekämpfenden Polen sein oder wird es innerhalb einer Multipolarität als eigenes Zentrum anerkannt werden? Im Artikel soll nachvollzogen werden, wie ein eventueller Machtverlust der USA in Lateinamerika und auf welchen Gebieten vorstättengeht, ob er beständig und nachhaltig oder nur vorübergehend sein wird. Dabei müssen sowohl interne als auch externe Faktoren berücksichtigt werden. Hier soll der Fokus auf die externen Faktoren gelegt werden. Behandelt werden im Folgenden die Beziehungen Lateinamerikas zu den USA, China und Russland, die Haltung zum Ukraine-Krieg, zum Konflikt zwischen den USA und China und die neuen Integrationsanstrengungen.

Die Beziehungen Lateinamerikas zu den USA

Das Hinterhof-Dasein Lateinamerikas gegenüber den USA war entscheidend durch die Monroe-Doktrin geprägt, die auf die Erklärung des US-Präsidenten James Monroe von 1823 zurückgeht und bis heute nach zahlreichen Modifikationen weiter gültig ist. Unter dem Motto „Amerika den Amerikanern“ (May 1992) machte sie einen „Alleinvertretungsanspruch“ für ganz Amerika geltend, den sie oftmals auf gewaltsame Weise durch militärische Interventionen und durch interne Einflussnahme gegenüber den lateinamerikanischen Ländern durchsetzte. Beispiele sind die Interventionen in Guatemala 1954, in der Dominikanischen Republik 1965, in Kuba 1961, in Grenada 1983 und in Haiti 1993 (Zimmering 2022: 151–177). Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verlor die Monroe-Doktrin für Lateinamerika an Schlagkraft, da sich die USA mehr dem Nahen Osten, Osteuropa und Eurasien zuwendeten. In dieser Zeit übernahm China weitgehend die wirtschaftliche Initiative auf dem Kontinent (Lemoine & Gaafar 2022). Wirkungsträchtig war dabei die erste „rote Welle“ lateinamerikanischer Mitte-Links-Regierungen um die 2000er-Wende (Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador, Kuba, Nicaragua und Venezuela), die eine unabhängige Außenpolitik förderte. Die USA fuhren die militärischen Interventionen zurück und destabilisierten stattdessen lateinamerikanische Regierungen durch Wirtschaftskriege und Putsch, geheimdienstliche Tätigkeiten und die Unterstützung der Opposition durch sog. „Farbenrevolutionen“. 2002 förderte Präsident George W. Bush den Putschversuch gegen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, 2010 unterstützen die USA den Putschversuch gegen den linken Präsidenten Raphael Correa in Ecuador und 2019 in Bolivien gegen den Präsidenten Evo Morales. Präsident Barack Obama wandte sich offiziell von der Monroe-Doktrin ab (Neuber 2019), um chi-

nesischen Einfluss zurückzudrängen und verloren gegangenes Vertrauen zurückzuholen. Doch auch er baute US-amerikanische Militärstützpunkte aus, steigerte den Waffenhandel, bekämpfte den Drogenhandel militärisch, führte Wirtschaftskriege gegen Venezuela, Kuba und Nicaragua und bezog Kolumbien über den Status des „Partner Across the Globe“ in die NATO (2013) ein. Donald Trump kehrte offen zur Monroe-Doktrin mit US-amerikanischen Sanktionen gegen die „Troika des Terrors“ (Nicaragua, Kuba und Venezuela) zurück.

Präsident Joe Biden verkündete eine neue Lateinamerika-Politik „auf Augenhöhe“, die auf Gegenseitigkeit, Respekt und Kooperation beruhen sollte und weckte Hoffnungen bei den lateinamerikanischen Staaten auf mehr Autonomie. Seit dem Ukraine-Krieg und der Zuspitzung des Konfliktes zwischen den USA und China ist jedoch das Gegenteil der verkündeten Vorsätze zu beobachten. Biden führt die Monroe-Doktrin fort und radikalisiert sie durch die Neukonstituierung interventionistischer Konzepte, um die wirtschaftlichen Ressourcen Lateinamerikas, besonders im Bereich neuer strategischer Rohstoffe, Süßwasserreserven, Lebensmittel und Energieträger zu sichern. Anfang Februar 2022 legte der US-Kongress den „Western Hemisphere Strategic Security Act“ vor, der die militärische Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Nationen stärken soll, um den „wachsenden bösartigen Einfluss Chinas und Russlands zurückzudrängen“ (Stuenkel 2022). Die bisherige Erfolglosigkeit der US-Lateinamerika-Politik der letzten 20 Jahre, wie z.B. das nicht zustande gekommene „Hemisphärische Freihandelsabkommen“, sollen überwunden und der Einfluss Chinas und Russlands zurückgedrängt werden.

Die interventionistische Ausrichtung der neuen Lateinamerika-Politik der USA zeigte sich in den Sanktionen gegen Venezuela, Nicaragua und Kuba und dem Druck auf die argentinische Regierung bei den Schuldenverhandlungen mit dem IWF, in denen Kredite an die Beendigung chinesischer Wirtschaftsprojekte im Land gebunden werden (Leitmann 2022). Auch der Druck auf Brasilien zur Unterbindung der Kooperation mit China wächst. Noch kurz vor der Wahl des progressiven Präsidenten Gustavo Petro verlieh Biden Kolumbien 2022 den Status eines „Mayor Non-Nato Alley“.

Die Rolle des Süd- und Nordkommandos der USA erfuhr innerhalb der neuen Lateinamerika-Politik eine Aufwertung. Im März 2022 äußerte die Leiterin des Südkommandos Generalin Laura Richardson vor dem „Senate Armed Services Committee“, dass China als „primäre Bedrohung“ und Russland als „sekundäre“ zu betrachten sei, da China in Lateinamerika „expandiert“, während Russland durch seine Beziehungen zu Venezuela, Kuba und Nicaragua „die Instabilität verstärkt“ (Richardson 2022).

Anfang 2023 spitzte sich die Containment- und Abschreckungspolitik der USA gegen die chinesischen und russischen Aktivitäten in Lateinamerika und die Wiederbelebung des „hemisphärischen Anspruchs“ mit eindeutig militärischem Impetus zu. Richardson betonte vor dem „Atlantic Council of the Americas“ die strategische Bedeutung der Ressourcen Lateinamerikas für die USA, die durch China als den größten „bösartigen Gegner bedroht“ werden (Atlantic Council 2023). In der Anhörung Richardsons und des Oberkommandierenden des Nordkommandos

Luftwaffengeneral Glen VanHerck vor dem „House Armed Services Committee“ über die kontinentale Sicherheitslage im Januar 2023 machte Richardson klar, dass die Einrichtung einer chinesischen Überwachungsstation in der Nähe der Magellanstraße in Argentinien und der Kauf von Lithiumabbaubetrieben im Lithium-Dreieck durch China eine zunehmende Bedrohung für die US-Sicherheit darstellen. Auch die chinesische Raumstation in Argentinien wäre „ein Risiko, das wir weder akzeptieren noch ignorieren können.“ (Ebd.) General Glen VanHerck sieht die Sicherheit der USA zudem durch die 80prozentige Beherrschung des mexikanischen Telekommunikationssystems durch China und die Errichtung von 3G- und 4G-Netzen durch Huawei in 24 lateinamerikanischen Ländern bedroht. Die Generäle unterstrichen die Notwendigkeit der militärischen Präsenz der USA in Lateinamerika. Richardson drang darauf, den Panamakanal, die Magellanstraße und die Drake-Passage „für den Seehandel offen zu halten“ (Grady 2023). Da die USA gegenüber China auf militärischem Gebiet in Lateinamerika überlegen seien, sieht Richardson den „Haupthebel“ gegen chinesische und russische Einflüsse in der Sicherheitszusammenarbeit mit Schulungen lateinamerikanischer Militärs über „US-Doktrinen und Ausrüstung der Streitkräfte für die Interoperabilität“ und plant acht große Militärmanöver. Der Hinweis, dass sich die Lateinamerika-Politik der USA am ukrainischen Beispiel mit den Worten „wie schnell wir die Ukraine mit Ausrüstung versorgen können“ (Weber 2023) orientieren soll, birgt die Gefahr, dass Lateinamerika im Kampf der USA um ihr Einflussgebiet zu einer Blaupause des Ukraine Konfliktes werden könnte.

Beim Ringen um die „alte“ Einflussphäre Lateinamerika ist ein arbeitsteiliges Vorgehen zwischen dem Militär (Süd- und Nordkommando), dem Parlament und der Regierung der USA zu beobachten. Während im Militär interventionistische Maßnahmen bis hin zur US-Präsenz angedacht werden, liefern Kongress und Senat die zivile Begründung, die eigene „Hemisphäre“ vor der chinesischen und russischen Bedrohung zu schützen und die US-Regierung mit weitreichenden Präventivmaßnahmen zu beauftragen. Die Wiederaufnahme des „Hemisphären-Arguments“ im Parlament aus der Werkzeugkiste der Monroe-Doktrin stellt eine aggressive Variante der „Hinterhof“-Politik dar.

Die China-Reise von Präsident Lula ist ein weiteres Beispiel für US-amerikanische Einmischung im Sinne von Containment und Abschreckung. Republikaner als auch Demokraten verurteilten die Reise Lulas, da China Brasilien „drängen würde, einem chinesisch-russischen Block beizutreten und Unterstützung in der Taiwanfrage“ zu leisten. Der demokratische Senator Ben Cardin sagte: „Das Problem ist, dass Brasilien die Sanktionen gegen Russland nicht sehr unterstützt hat.“ (Pinheiro 2023)

Internationale Aktivitäten ergänzten die neue Lateinamerika-Politik der USA. Auf dem Madrider NATO-Gipfel im Juni 2022, auf dem Russland als „Bedrohung für die Internationale Ordnung“ und China als „systemische Herausforderung“ definiert wurden, versuchten die USA zusammen mit Europa Lateinamerika über die NATO-Partnerschaften mit Kolumbien und Brasilien strategisch in die „Global NATO“ (German Foreign Policy 2022) zu binden. Auf dem G7-Treffen in Elmau

im Juni 2022 proklamierte Biden das Programm „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ (PGII), in dem mehr militärische Hilfe für die Ukraine, höhere Sanktionen gegen Russland und ein Marshall-Plan für den „Globalen Süden“ mit 600 Mrd. US-Dollar im Sinne einer westlichen „Neuen Seidenstrasse“ (Energiesektor, Infrastruktur, Digitalisierung) verkündet wurde. Über Argentinien, das als Vorsitzender der Celac (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten) ¹ fungierte, sollte Lateinamerika in die neue Konfliktstrategie des Westens gegen Russland und China einbezogen werden (Biden 2022).

Mit dem Ukraine-Krieg und der Zuspitzung des Konflikts zwischen den USA und China entstand ein neues Design der Monroe-Doktrin mit perpetuiertem hegemonialem Inhalt, um den Kontinent als Reserve und Bündnispartner gegen China und Russland aufzubauen und deren Einfluss zurückzudrängen. Die USA unterstrichen erneut ihren Hegemoniestatus in der Hemisphäre und setzten Macht im Sinne von Zwang ein, was im Gegensatz zu den gewachsenen Autonomiebestrebungen Lateinamerikas steht und als zunehmende Bedrohung der Autonomie wahrgenommen wird. Sowohl bei traditionell linken Regierungen (Kuba, Venezuela, Nicaragua), bei neuen Mitte-Links-Regierungen (Mexiko, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Bolivien, Honduras) als auch rechten und neoliberalen Regierungen (Brasilien unter Bolsonaro bis 2022 oder Lacalle in Uruguay) stößt diese neue US-Politik auf Widerstand. Lateinamerika möchte den Freiraum, den es durch eine verminderte Abhängigkeit von den USA (Bill 2022) und von Europa (Maihold 2022) erreichen konnte, nicht wieder aufgeben und sich als eigene Kraft mit internationaler Handlungsmacht aufstellen.

Die Beziehungen Lateinamerikas zu China

Der Kontinent hat, trotz unterschiedlicher Zugänge verschiedener Staaten, insgesamt seine Beziehungen zu China über die Belt&Road-Initiative, der sich bereits 21 lateinamerikanische Staaten angeschlossen haben (Palacio 2022), dem Celac-China-Forum und mehreren Freihandelsabkommen (Chile, Costa Rica, Peru, Ecuador und Uruguay) weiter ausgebaut. China erreichte in den letzten 10 bis 15 Jahren eine Handels-, Investitions-, technologische und finanzielle Position in Lateinamerika, die an jene der USA heranreicht und teilweise übersteigt. Dabei will China vor allem seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten und an wichtigen Rohstoffen, bes. strategischen, decken, seine industriellen Produkte verkaufen und durch Infrastrukturmaßnahmen profitieren. Zur Deckung seines Lebensmittelbedarfs investiert China auch in Land, z.B. stehen chinesische Landbesitzer an 14. Stelle in Brasilien (Pinheiro 2023). Ein Beispiel für den Rohstoffimport Chinas aus Lateinamerika ist das chinesisch-bolivianische Abkommen des Staatsunternehmens Yacimientos de Litio Bolivianos (YLB) mit dem chinesischen Konsortium CBC, das die Entwicklung von zwei Industriekomplexen zur Gewinnung von Lithium und Investitionen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar zum Aus-

¹ *Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*, CELAC) ist eine regionale Integrationsgemeinschaft, die 2013 als Gegenprojekt zur Organisation Amerikanischer Staaten - OAS gegründet wurde und der alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten angehören.

bau der Infrastruktur vorsieht, wodurch Bolivien nicht nur Rohstofflieferant für China wird, sondern eine Produktionskette entwickeln kann (Guzmán 2023).

Chinas Handel mit Lateinamerika und der Karibik ist von 18 Milliarden Dollar 2002 auf 450 Milliarden im Jahr 2021 angestiegen, während der Handel mit den USA stagnierte. Bis 2035 wird ein Anstieg des Handels mit China auf 700 Milliarden US-Dollar erwartet (Grady 2023), womit ein Viertel des Gesamthandels Lateinamerikas erreicht würde (World Economic Forum 2021). Damit ist China nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner in ganz Lateinamerika, in Brasilien, Chile und Peru der wichtigste vor den USA. Besonders fällt der Handel mit Brasilien ins Gewicht. 2022 importierte Brasilien Produkte im Wert von 60,7 Milliarden US-Dollar aus China und exportierte Produkte (vor allem Soja und Eisenerz) im Wert von 89,7 Milliarden nach China, ein Drittel der brasilianischen Exporte. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern ist seit 2004, dem zweiten Jahr der ersten Präsidentschaft Lulas, bis heute um das 21fache gestiegen (Lauterbach 2023). China ist auch zum größten Kupferkäufer Chiles aufgestiegen.

Die Handelsstruktur zwischen Lateinamerika und China hatte für Lateinamerika zunächst einen entwicklungshemmenden Charakter: Export von billigen Rohstoffen und Import von teuren Industriegütern. So importiert Chile aus China vor allem Autoteile und exportiert Kupfer und Lithium. Dieses Muster ändert sich in den letzten Jahren in einer Reihe von Fällen durch die Errichtung von Fertigungsketten mit chinesischen Krediten, der Lieferung von chinesischem Knowhow und der gesteigerten Ausfuhr von Fertigprodukten. Eine neue Erscheinung im China-Handel ist die Abwicklung des gegenseitigen Warenaustauschs in lokalen Währungen (Brasilien, Argentinien und Chile), was die Dollarabhängigkeit Lateinamerikas abbaut und den Zugang zu chinesischen Krediten bringt. Auch ist der Eintritt Brasiliens in das China Interbank Payment System (CIPS) zur Koordinierung der Wechselkurse eine Alternative zum US-dominierten Swift-System, das die lateinamerikanischen Staaten zwingt, Sanktionen mitzutragen (Telesur 2023).

Die chinesische Hilfe gegenüber Ländern, die durch US-amerikanische Sanktionen besonders betroffen sind, wie Venezuela und Kuba, und die Belieferung einer großen Anzahl lateinamerikanischer Staaten mit Covid-19-Impfstoff (Cinovac), den die USA und Europa verweigerten, kam lateinamerikanischen Interessen entgegen. Lateinamerika profitierte von chinesischen UN-Projekten für den Globalen Süden wie der „Global Development Initiative“ und „Global Security Initiative“. China garantiert im Rahmen der Belt&Road-Initiative mit günstigen langfristigen und Niedrigzins-Verträgen den Export lateinamerikanischer Produkte, wie Lithium, Kupfer und Agrarprodukte. Zudem stellte China in den letzten zwei Jahrzehnten Rettungskredite an ausfallgefährdete lateinamerikanische Länder zur Verfügung. Durch das Garantie-System der „Belt and Road Bailouts“ sind die Empfängerländer in der Lage, Zahlungsausfälle zu vermeiden und die Schulden weiterzubezahlen (Yuan-Swap-Linien und/oder durch Zahlungsbilanzunterstützung von chinesischen Banken). Argentinien unterzeichnete 10 dieser Kredit-Verträge über insgesamt 8.574 Millionen Dollar. Chinesische Rettungskredite gingen an Ecuador, Venezuela, Guayana, Costa Rica, Antigua and Barbuda, Honduras und Uruguay (China

ha dado 2023). Allerdings ist die Kreditvergabe Chinas insgesamt im Zusammenhang mit der steigenden Inflation und anwachsenden Zinssätzen seit 2020 rückläufig.

Lateinamerika ist nach Asien zweitgrößter Empfänger chinesischer Direktinvestitionen. In Lateinamerika selbst nimmt China bei Direktinvestitionen den ersten Platz ein. 2021 investierte China 8,4 Milliarden US-Dollar in der EU, 4,7 Milliarden in den USA und 7 bis 10 Milliarden in Lateinamerika. In Brasilien allein investierte China 5,9 Milliarden, also mehr als in den USA, wodurch Brasilien weltweit das größte Empfängerland chinesischer Direktinvestitionen ist. In Chile und Argentinien betragen die chinesischen Investitionen mehr als drei Milliarden (Larren & Zhang 2023). Bei den chinesischen Investitionen geht es um strategisch wichtige Gebiete wie Weltraumtechnologien und Energieerzeugung (Xie 2023). Chinesische Unternehmen wie Ganfeng, Zijin und Tianqi investieren Millionen Dollars in den Lithiumminen in Bolivien, Argentinien und Chile (Leland 2023). In 24 lateinamerikanischen Ländern bauen chinesische Unternehmen 3G- und 4G-Netze. In Mexiko investiert Huawei in 80 Prozent des Telekommunikationsnetzes. Nucleoeléctrica Argentina und die China National Nuclear Corporation (CNNC) schlossen Anfang Februar 2023 einen Vertrag für den Bau des vierten Kernkraftwerks Atucha III. Gleichzeitig wurde der Ausbau des Wasserweges von 3.400 km Länge des Flusses Paraná mit China vereinbart, über den die Schifffahrt zwischen Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay verläuft (Grady 2023).

Oft wird behauptet, dass China dieselbe postkoloniale Ausbeutung der lateinamerikanischen Staaten betreibe wie die USA. Das wirft die Frage auf, weshalb sich lateinamerikanische Staaten wirtschaftlich so eng an China binden. Kann China als Lückenbüßer des verminderten US-amerikanischen und europäischen Engagements in Lateinamerika betrachtet werden? Es gibt durchaus strukturelle Übereinstimmungen, aber auch strukturelle Unterschiede. Die entwicklungshemmende Struktur des Handels und der Investitionen für Lateinamerika mit den kapitalistischen Zentren ist offensichtlich, die jedoch im chinesischen Fall durch Maßnahmen wie Notkredite, Hilfen ohne Rückzahlungsforderungen (bes. für Venezuela und Kuba), die Errichtung von Fertigungsketten und Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Road& Belt-Initiative abgemildert werden und für eine andere Kapitalismus-Form sprechen. Ein weiterer Vorteil ergibt sich aus chinesischen Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, die die USA von den lateinamerikanischen Staaten selbst fordern und die öffentliche Verschuldung in die Höhe treiben. Der entscheidende Unterschied besteht jedoch darin, dass Lateinamerika aus der Situation einer gewachsenen Autonomie und der geografischen Entfernung von China Vorteile zieht.

China baute auch seine Beziehungen zu Staaten Zentralamerikas in den letzten 15 Jahren aus. Chinesische Unternehmen besitzen inzwischen in Zentralamerika kritische Infrastrukturen (Häfen, Kraftwerke, digitale Rechenzentren usw.) und sensible Wirtschaftssektoren wie Biotechnologie und strategische Rohstoffe (Como avanza 2023). Außerdem vereinbarten zentralamerikanische Staaten Freihandelsverträge mit China. Es wurden Verträge mit chinesischen Tech-Konzernen wie Huawei und ZTE über die Errichtung von 4G- oder 5G-Mobilfunknetzen geschlossen (Ebd.).

Die politischen Beziehungen zwischen Lateinamerika und China

Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Lateinamerikas zu China ist von einer Intensivierung der politischen Kontakte begleitet. Kuba, Venezuela, Mexiko und Brasilien bauten mit China eine strategische Partnerschaft auf, wofür eine Reihe von staatlichen Abkommen und Staatsbesuche sprechen. So besuchte der venezolanische Präsident Hugo Chavez 2006 China, wo er vor allem Verträge über Ölgeschäfte schloss. 2009 reiste der damalige Vizepräsident Xi Jinping das erste Mal nach Venezuela. Im Februar 2009 schloss Brasilien mit China ein Abkommen über Erdölerkundung und -lieferungen und Kupferexporte nach China ab (Münzenich 2023).

Mit der Wahl Xi Jinpings auf dem 18. Nationalkongress der KPCH 2012 zum Generalsekretär entwickelte China eine neue außenpolitische Doktrin und gründete die „Belt&Road“-Initiative zur Ausweitung seiner Außenbeziehungen.

Die neue außenpolitische Doktrin erklärte die „Win-Win-Kooperation“ zum gegenseitigen Vorteil zum „Grundprinzip der internationalen Beziehungen“, die auf der Verschränkung von „wirtschaftlicher Globalisierung und internationaler Demokratie“ beruhen soll (Wu 2015). „Die globale Partnerschaft sollte über Unterschiede in Gesellschaftssystem und Ideologie hinausgehen und gemeinsame Interessen und Bestrebungen hervorheben.“ (Ebd.) Die Beziehungen Chinas zu den lateinamerikanischen und karibischen Ländern sind Teil dieser Doktrin, die „Wertorientierung“ ablehnt und nach den Prinzipien „Aufrichtigkeit, konkrete Ergebnisse, Affinität und Treu und Glauben“ und „Vermeidung von Konflikten und Konfrontationen“ handelt (Ebd.). Xi Jinping wiederholte die Grundsätze der chinesischen außenpolitischen Doktrin auf dem Celac-Gipfel im Februar 2023 in Buenos Aires (Elbaum, 2023). Das stieß in Lateinamerika durch die Erfahrungen mit der Monroe-Doktrin und der Paarung von wirtschaftlichem, politischem und militärischem Druck in den Beziehungen der USA und Europas auf Entgegenkommen. Außerdem schafft der hohe Anteil an Staatseigentum am chinesischen Bruttoinlandsprodukt bei den lateinamerikanischen Ländern durch eine Affinität zu staatlichem Eigentum und schlechten Erfahrungen mit dem neoliberalen Agieren westlicher Staaten Vertrauen in den chinesischen Partner (Dussel 2020). Viele lateinamerikanische Staaten erweiterten über die bisherigen strategischen Partner Kuba, Nicaragua und Venezuela hinaus ihre Beziehungen zu China. So rief Mexiko 2013 und Brasilien 2014 eine „umfassende strategische Partnerschaft“ mit China ins Leben. Xi Jinping reiste 2014 nach Brasilien, um mit Dilma Rousseff über den Ausbau des Handels im Verkehrssektor zu verhandeln (Eisenbahn, Flugzeuge) (Cui 2014).

Bereits 2014 wurde das „China-Celac-Forum“ gegründet, das 2015 sein erstes Außenminister-Treffen in Peking organisierte, an dem 20 lateinamerikanische Außenminister teilnahmen und eine solide institutionelle Basis schufen. Sie verabschiedeten die „Erklärung von Peking“, einen „Gemeinsamen Aktionsplan zwischen China, Lateinamerika und den karibischen Ländern 2015-19“ und „institutionelle Betriebsregeln des China-Celac-Forums“. Außerdem unterzeichneten sie einen Vertrag über die Zusammenarbeit in 13 Schwerpunktbereichen (Wu 2015). Die Treffen 2019, 2020 und 2021 hatten die Wirtschaftskrise, Probleme der Co-

vid-Pandemie und die Bekämpfung der Armut zum Thema (Centro de Estudios 2022). Im „Gemeinsamen Aktionsplan 2019-2021“ befasst sich ein ganzer Abschnitt explizit mit der Zusammenarbeit im Umweltbereich (Dussel 2020). 2022 stand die sogen. „neue Infrastruktur“ (G5-Netze, KI, Stromübertragung, Hochgeschwindigkeitszüge, Recherchezentren) auf der Tagesordnung (Meyer 2022).

Kurz vor Ausbruch des Ukraine-Krieges besuchte der argentinische Präsident Alberto Fernandez China. Am 12.04.2023 reiste der brasilianische Präsident Lula für fünf Tage nach China. Sieben Minister, fünf Gouverneure, mehrere Abgeordnete und eine Delegation von Geschäftsleuten begleiteten ihn. Es wurden Abkommen im Agrar- und Ernährungssektor, Wissenschaft, Technologie, Bildung und Kultur geschlossen. Dazu gehörte auch ein gemeinsamer Satellit zur Überwachung der Entwaldung im Amazonasgebiet. Außerdem erwägt Brasilien, in die Belt & Road-Initiative einzusteigen. Ein Abkommen soll die künftige Verrechnung des Handels in brasilianischem Real und chinesischem Yuan regeln, ohne den Umweg über US-Dollars (Zuppello 2023).

Die gegenseitige politische Unterstützung in internationalen Konflikten spielt in der politischen Agenda der lateinamerikanischen Länder in den Beziehungen zu China eine bedeutende Rolle. Eine Reihe lateinamerikanischer Länder, die China in der Taiwan-Frage unterstützen, erhalten günstige wirtschaftliche Konditionen oder bei eigenen internationalen Forderungen, wie im Malwinen-Konflikt Argentinien, Rückendeckung (Xi 2023). Pekings Bereitschaft, die Kosten für die Entsendung von Offizieren aus der Region nach China zu übernehmen, um dort an Militärschulen zu studieren, spricht auch für eine militärische Zusammenarbeit, die gegenüber den USA aber weit zurücksteht. China baut keine Militärstützpunkte auf dem Kontinent und führt keine gemeinsamen Truppenübungen durch (Grady 2023). Außerdem unternahm China im Gegensatz zu den USA und Europa entsprechend der außenpolitischen Doktrin Chinas keinerlei Bemühungen, Einfluss auf die innere politische Ausrichtung der lateinamerikanischen Länder oder einen Regime-Change zu nehmen. Für Lateinamerika bietet sie die Möglichkeit, einseitige Bindungen an die USA und Europa und ihre „Werte-Politik“ aufzubrechen und ausgewogene politische und Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln, die ihre Autonomie gegenüber den USA und Europa als auch seine internationale Handlungsmacht stärken. Für China steht die Deckung seines wachsenden Rohstoff- und Lebensmittelbedarfs und die Förderung des Absatzes seiner technologischen und Industrieprodukte im Vordergrund. Außerdem will es die USA wirtschaftlich als Großmacht durch die Stärkung der Süd-Süd-Kooperation, vor allem innerhalb der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) überrunden. Das impliziert keine neue Blockbildung. China präferiert ein Internationales System, das durch Multipolarität ohne Hegemonie, friedliche Zusammenarbeit und wirtschaftlichem Wettbewerb geprägt ist. Sowohl für Lateinamerika als auch China erscheinen diese Prinzipien vorteilhaft für die eigene Entwicklung. Gewachsene Multipolarität bedeutet für Regionalmächte wie Brasilien, Mexiko und Argentinien mehr weltpolitischen Einfluss zu gewinnen und für kleinere Länder Entwicklungschancen. Brasilien hofft zudem, mit Unterstützung Chinas eine langersehnte Mitgliedschaft in der OECD und einen Platz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erreichen.

Für die lateinamerikanischen Staaten ist damit allerdings das Problem verbunden, dass sich der Großkonflikt zwischen den USA und China auf den lateinamerikanischen Kontinent verlagern und sie bei einer Zuspitzung dieses Konflikts zum Testfeld für eine konfrontative Auseinandersetzung zwischen beiden Weltmächten werden könnten.

Beziehungen Lateinamerikas zu Russland

Den Hintergrund der Beziehungen lateinamerikanischer Staaten zu Russland bilden die Beziehungen zur Sowjetunion, die teils auf den Diversifizierungsbestrebungen lateinamerikanischer Staaten und teils auf kooperativen und solidarischen Strukturen beruhten. Die Wahrnehmung der Sowjetunion als Alternative zur Abhängigkeit von den USA und Europa ist bei der heutigen Bewertung der Beziehungen zu Russland als Memory-Effekt nicht zu unterschätzen. Nachdem die Beziehungen der lateinamerikanischen Staaten zu Russland nach 1990 an Bedeutung verloren, erfuhren sie nach der wirtschaftliche Erholung Russlands ab Mitte 2000er Jahre einen steten Bedeutungszuwachs, wobei Diversifizierung im Vordergrund steht. Eine Reihe lateinamerikanischer Länder intensivierten den Handel mit Russland. Brasilien importierte 2021 85 Prozent seiner Düngemittel aus Russland, 37 Prozent der Soja- und 21 Prozent der Zuckerexporte gingen nach Russland (Meneses 2022). Argentinien exportierte 20 Prozent seiner Zitronen und 38 Prozent der Mandarinen und Uruguay einen Großteil seiner Milchprodukte nach Russland (Serrigio 2022).

Auch die politischen Beziehungen zu Russland erfuhren ab Mitte der 2000er Jahre eine Aufwertung. An vorderster Stelle befanden sich dabei die strategischen Partner Kuba, Venezuela und Nicaragua (Duch 2022), mit denen eine rege diplomatische, politische und militärische Kooperation besteht, aber auch große Staaten wie Brasilien, Argentinien und Mexiko bemühten sich um engere Kontakte. 2013 wurde das „Celac – Russland – Forum“ gegründet. Seit 2014 waren Putin drei Mal und Lawrow mehrfach in Lateinamerika (Paz u.a. 2022).

Russland sieht Lateinamerika als Partner einer „Schicksalsgemeinschaft“ von Ländern, die sich dem Hegemonieanspruch der USA entgegenstellen. Auf der Versammlung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands im Mai 2022, zu dem auch lateinamerikanische Gäste geladen waren, kritisierte Außenminister Lawrow, dass alle Länder, die eine von den USA unabhängige Politik betreiben wollen, von diesen angegriffen werden: „Hier geht es um das Wiederaufleben einer harten Blockdisziplin, um die bedingungslose Unterordnung sogenannter Verbündeter unter Washingtons Diktat. Unterlegenen Verbündeten wird nicht viel Bedeutung beigemessen.“ (Lawrow 2022)

Vor und während des Ukraine-Kriegs vertieften sich die diplomatischen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Russland, was Lawrow folgendermaßen ausdrückte: „Und jetzt entwickeln wir mit all unseren Freunden, mit all unseren Partnern neue Ansätze zum Aufbau von Lieferketten, neue Ansätze zur Finanzierung, zum Bankwesen, die in keiner Weise von den Launen der Vereinigten Staaten abhängen.“ (Cubadebatte 2023) Kurz vor dem Ausbruch des Ukraine-

Krieges im Februar 2022 besuchten der linke argentinischen Präsident Alberto Fernandez und der rechte brasilianischen Präsident Jair Bolsonaro Russland. Der argentinische Präsident bot an, dass Argentinien „das Tor Russlands zu Lateinamerika“ sein möchte (Gonzalez Zorrilla 2022). Mit Bolsonaro wiederum vereinbarte Putin den Bau mehrerer Kernkraftwerke und eine technologische Zusammenarbeit in Spitzenbereichen wie Biotechnologie, Nanotechnologie, künstlicher Intelligenz und Informationstechnologie (Milz 2022). Der Präsident der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin besuchte zu Beginn des Ukraine-Krieges Kuba (Díaz-Canel 2022) und Nicaragua, wo er vor den Parlamenten beider Länder sprach und versuchte, die Invasion in die Ukraine zu rechtfertigen. Er vereinbarte regelmäßige Treffen und eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Tourismus, Landwirtschaft und Bildung und eine Schuldenstundung bis 2027 (Chavez 2022). Die Mitteilung Lawrows im Mai 2022, die aus westlichen Staaten ausgewiesenen russischen Diplomaten nach Lateinamerika umzuleiten und das russische Außenministerium zugunsten Lateinamerikas umzugestalten, ist als Reaktion auf den angebahnten Eintritt Finnlands und Schwedens in die NATO zu verstehen (Dilomáticos 2022). Der brasilianische Außenminister Celso Amorim stellte in Russland Lulas Idee eines „Friedensclubs“ in Gesprächen mit Putin vor (Paixão 2023). Dies war auch Thema beim Besuch Lawrows Ende April 2023 in Lateinamerika (Brasilien, Venezuela, Kuba und Nikaragua).

Das postamerikanische Lateinamerika und „Active Non-Alignment“

Der Begriff des „Postamerikanischen Lateinamerika“ (Shifter & Binetti 2022) bezeichnet die politische und wirtschaftliche Entfernung Lateinamerikas von den USA und die Intensivierung der Kontakte zu China und Russland. Dies zeigt sich außenpolitisch in einer vom Westen abweichenden Haltung zum Ukraine-Krieg und zum Konflikt zwischen den USA und China, in der verstärkten Süd-Süd-Zusammenarbeit innerhalb der BRICS und der G-20-Gruppe und in neuen Integrationsanstrengungen, was auch in den Begriff des „Active Non-Alignment“ gefasst wird (Fortin u.a. 2023). Innenpolitisch ist die „neue Rote Welle“ von Mitte-Links-Regierungen von Relevanz, die auf größere außenpolitische Unabhängigkeit und Autonomie setzen.

Haltungen zum Ukraine-Krieg

Das gegenwärtig wichtigste Beispiel für gemeinsames autonomes Handeln ist der Ukraine-Krieg. Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten unterstützte in der UNO Resolutionen, die den Krieg in der Ukraine ablehnen und Russland zum Rückzug auffordern. Allerdings waren die lateinamerikanischen Staaten nicht zu einer „Verurteilung Russlands“ bereit. Auch auf den G-20 Gipfeln 2022 und 2023 und dem Demokratiegipfel von Präsident Biden 2023 weigerten sich die meisten lateinamerikanischen Staaten, Russland wegen des Krieges in der Ukraine „zu verurteilen“ (US-Department 2023). Die lateinamerikanischen Staaten unterstützen nicht Russlands Krieg, unterscheiden sich aber in entscheidenden Fragen vom

Westen. So lehnen sie Waffenlieferungen für die Ukraine ab. Präsident Lula: „Brasilien hat kein Interesse daran, die im Streit zwischen der Ukraine und Russland verwendete Munition weiterzugeben. Brasilien ist ein Land des Friedens. Brasilien will keine Beteiligung, auch nicht indirekt“. (Brasil descarta 2023) Alle lateinamerikanischen Staaten wenden sich gegen Sanktionen gegen Russland und China, da auch sie selbst betroffen sind, wobei insbesondere der Zusammenbruch von volkswirtschaftlich relevanten Lieferketten, die Verringerung von Handels-Einnahmen, der dramatische Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise und eine Hyperinflation die innenpolitische Stabilität der Länder gefährden. Positive Effekte, die aus der gesteigerten globalen Energie- und Rohstoffnachfrage infolge des Ukraine-Krieges erwachsen, können die Nachteile der Sanktionen nicht ersetzen.

Westliche Staaten haben sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene, so auf den G-7-, G-20 und EU-Gipfeln, immer wieder versucht, Lateinamerika zur Annahme westlicher Positionen im Ukraine-Krieg zu drängen. Ein Beispiel für bilaterale Einflussnahme ist der Besuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Chile, Brasilien und Argentinien, wo er erfolglos versuchte, seine Gesprächspartner zu Munitions- und Waffenlieferungen aus sowjetischen Beständen zu bewegen. Die lateinamerikanischen Staaten lehnen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab und legen den Fokus auf ein schnelles Kriegsende durch diplomatische Verhandlungen, die ihrer Meinung nach vom Westen mit einer zu geringen Intensität vorangetrieben werden (Guzmán 2023a). Der brasilianische Präsident Lula sagte auf dem US-amerikanischen „Demokratiegipfel“ im März 2023, dass „das Banner der Verteidigung der Demokratie nicht dazu benutzt werden darf, Mauern hochzuziehen oder Spaltungen zu schaffen. Die Demokratie zu verteidigen bedeutet, für den Frieden zu kämpfen. Der politische Dialog ist der beste Weg, um Übereinstimmungen zu erreichen.“ (Brasil se recusa 2023)

Die lateinamerikanischen Staaten griffen entsprechend des Prinzips des „Active Non-Alinement“ mit eigenen Friedensvorschlägen in die internationalen Beziehungen ein. Der argentinische Präsident Alberto Fernandez schlug schon 2022 auf dem G7-Treffen in Elmau einen „multilateraler Friedensdialog“ durch die Celac, die USA und die EU vor (Lejtman 2022). Der Krieg solle durch einen baldigen Waffenstillstand beendet werden (Alberto 2022). Auf der 77. UN-Vollversammlung wurde der Vorschlag von Lopez Obrador vorgestellt, der auf die „unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine und den Beginn direkter Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und dem russischen Präsidenten Putin“ abzielte (Asesor de 2022). Der Papst, der UN-Generalsekretär und der indische Ministerpräsident sollten eine Friedenskommission zur Aushandlung eines fünfjährigen Waffenstillstands bilden. Der Vorschlag wurde von vielen lateinamerikanischen Staaten unterstützt, von den westlichen Staaten ignoriert und der ukrainischen Regierung attackiert. Präsident Lula präsentierte den weitreichendsten Friedensplan zur Bildung eines „Friedensclubs“ („clube da paz“) durch China, Indien, Indonesien und Brasilien (Campos Mello 2023). Diesen Plan stellte Lula dem deutschen Bundeskanzler Scholz, auf der UN-Vollversammlung, beim Treffen mit dem US-Präsidenten Joseph Biden und während des G-20-Treffens in Indien vor (Andujo 2023). Zum ersten Mal

gab es eine Reaktion von beiden Kriegsparteien auf einen lateinamerikanischen Friedensvorschlag. Präsident Lula telefonierte mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskiy der unterstrich, dass er „sehr an Lulas Unterstützung interessiert“ sei (Lula conversó 2023). Der russische stellvertretende Außenminister Galuzin gab zu verstehen, „dass Russland die ausgewogene Position Brasiliens in der gegenwärtigen internationalen Situation schätzt“ (ebd.). Die Friedenspläne von Argentinien, Mexiko und Brasilien wiesen Übereinstimmung in dem Ziel auf, den Friedensprozess mit einem baldigen Waffenstillstand zu beginnen und rasch Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland einzuleiten, die Kompromisse auf beiden Seiten zum Ziel haben. Dabei stellen sie sich gegen westliche Pläne, die wie auf den G7-Treffen 2022 und 2023 (Schulze 2023), dem NATO-Gipfel 2022 und auf der Sicherheitskonferenz in München 2023 (msc 2023) die Unterstützung der Ukraine bis zum Sieg anstreben.

Ein schnelles Kriegsende, das Ende der Sanktionen, eine Erholung der globalen Wirtschaftslage und die Verhinderung eines Atomkrieges haben in den lateinamerikanischen Friedensplänen Priorität. Durch das Präferieren Chinas als Garantiemacht im brasilianischen Friedensvorschlag wird der chinesische 12-Punkte-Vorschlag vom 04.02.2023 auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu einer Referenz. Dabei sind die ersten beiden Punkte von besonderer Bedeutung, die sowohl die Achtung der nationalen Souveränität und Integrität bei gleichzeitiger Beachtung der legitimen Sicherheitsinteressen der Staaten beinhaltet (China 2023). Indem sich diese Forderungen nicht allein auf Russland beziehen, sondern auf alle Staaten, unterstreichen sie die Ablehnung aller Interventionen, der russischen genauso wie die der USA und NATO im Irak, in Afghanistan, Syrien, Jugoslawien, wie auch der gegenwärtigen im Jemen, Sudan und die Israels im Gazastreifen. Das Engagement lateinamerikanischer Staaten steht in wichtigen Fragen im Widerspruch zum internationalen Agieren der USA und Europas im Ukraine-Krieg. Dies zeigt die gewachsene Handlungsmacht und Autonomie lateinamerikanischer Staaten in den internationalen Beziehungen und verweist darauf, dass Lateinamerika aus dem US-amerikanischen „Hinterhof“ ein erhebliches Stück herausgetreten ist.

Die Intensivierung der Integrationsaktivitäten

Ein wichtiger Punkt bei der Stärkung lateinamerikanischer Autonomie sind die Anstrengungen zur Wiederbelebung der regionalen Integration. Die Einschätzung deutscher Lateinamerikanist:innen (Nolte 2023, Weiss 2023), dass die regionale Integration heute schwach und Lateinamerika so gespalten sei wie noch nie sei, steht zum Befund wachsender Autonomie und internationaler Gestaltungsmacht Lateinamerikas im Widerspruch. Dieser widersprüchliche Befund könnte durch eine zu geringe Wahrnehmung der Transformationen in der lateinamerikanischen Integration entstanden sein. Die heutige lateinamerikanische Integration ist eine andere als in den 1960ern bis 1970ern, aber auch als in den 2000ern bis 2010ern Jahren. Die erste Phase bestand in einem Aufwärtstrend ökonomischer Zusammenarbeit im Sinne nachholender Entwicklung und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit. Die zweite Phase wiederum hing mit der ersten ‚roten Welle‘ von Mitte-Links-Regierungen zu-

sammen, die eine größere Unabhängigkeit von den USA und Gegenentwürfe zum Neoliberalismus anstreben. Beide Phasen erlebten Rückschläge, die durch autoritäre und rechte Entwicklungswellen in Lateinamerika und ungünstige äußere Bedingungen hervorgerufen wurden. Die jetzige Integrationsphase, die durch den American Decline, engere Beziehungen zu China und Russland, den Ukraine-Krieg und den Konflikt zwischen den USA und China, durch wirtschaftliche und politische Probleme im Gefolge der Corona- und Umwelt-Krise und eine neue rote Welle von Mitte-Linke-Regierungen ausgelöst wurde, weist andere Charakteristika auf. Dieses Mal geht es vor allem um Resilienz in einer Welt multipler Krisen, den Ausbau der Autonomie und die Stärkung der Handlungsmacht in den internationalen Beziehungen. Von grundlegender Bedeutung ist die Wiederwahl Lulas, der die Verweigerungstaktik Bolsonaros überwinden und zu einer aktiven Integrationspolitik zurückkehren will. Im Regierungsprogramm Lulas nimmt die regionale Integration Lateinamerikas eine Schlüsselrolle ein. Erste Ansätze sind bei den Regenerationsaktivitäten von Unasur und Mercosur zu beobachten. Die Celac erfährt durch die Rückkehr Lulas neue Impulse. Durch Aktivitäten des mexikanischen Präsidenten Lopez Obrador zur Stärkung der Celac konnte sich die Vereinigung immer mehr als Gegenprojekt zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) entwickeln. Auf dem lateinamerikanischen Anti-Inflationsgipfel auf Initiative des mexikanischen Präsidenten im April 2023 beklagten die lateinamerikanischen Staaten die extreme Verschlechterung der Nahrungsmittel- und Grundbedürfnisversorgung als Folge einer multidimensionalen Krise (Umweltkrise, Kriege, Sanktionen) und beschlossen eine Intensivierung des interregionalen Handels mit Nahrungsmitteln, Düngemitteln, chemischen Produkten, Energie, Technologie, die Verbesserung des Transports und eine Abkoppelung vom US-Dollar (Jiménez 2023). Von Bedeutung ist außerdem die erweiterte Integration mit größeren internationalen Integrationsgruppen wie den BRICS und der G-20-Gruppe und gemeinsame Integrationsprojekte zwischen Celac, Russland und China.

Finanzpolitische Kooperationen wie gemeinsame Handelswährungen oder Zahlungen in einheimischen Währungen zur Bekämpfung der Dollardominanz spielen gegenwärtig eine große Rolle. So vereinbarten Brasilien und Argentinien eine gemeinsame Handelswährung, was Modell für eine handelspolitische Kooperation in ganz Lateinamerika ist. Diese würde dann fünf Prozent des globalen Weltinlandsbruttoprodukts abdecken (Brazil and Argentina 2023). Man verspricht sich von der Dollarunabhängigkeit Hilfe gegen eigene Währungsschwankungen, mehr Industrialisierungs- und Handelschancen und einen Ausweg aus der sogen. „Weaponization der Finanzen“, der Nutzung von Währungsregulierungen als politischer Waffe. Da die BRICS ebenfalls eine eigene Handelswährung anstreben und bereits in nationalen Währungen Handel treiben (Büscher 2023), wäre eine Verschränkung beider Finanzräume eine wirksame Strategie gegen die Dollardominanz, die auf den internationalen Handel, insbesondere den Handel mit strategischen Rohstoffen, eine durchschlagende Wirkung haben könnte.

Neben der Wiederbelebung von regionalen Integrationsgemeinschaften findet eine Verstärkung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit statt. Brasilien und Mexiko nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein. Die wirtschaftliche Zusam-

menarbeit zwischen lateinamerikanischen Ländern neben den großen Integrationsgemeinschaften, die viel schneller und direkter verläuft als innerhalb der schwerfälligen und bürokratischen Organisationsgebilde, nahm unter den linken Regierungen zu. Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Lithiumproduzenten Argentinien, Chile, Bolivien und Mexiko, die sich auf gemeinsamen Treffen, unabhängig von IWF und Weltbank, über ihre Industrialisierungspolitik abstimmen (Guzmán 2023).

Fazit

Die Frage, ob die USA ihren „Hinterhof“ verlieren, sollte mit dem Aufzeigen verschiedener Optionen beantwortet werden. Wenn wir konstatieren, dass Lateinamerika auf der einen Seite eine wirtschaftliche und politische Entkoppelung von den USA durchmacht und auf der anderen Seite neue Kooperationspartnerschaften mit China und Russland, eine engere Süd-Süd-Zusammenarbeit und neue Integrationsanstrengungen stattfinden, spricht das für eine gewachsene Autonomie. Deren Beibehaltung und Ausbau würde es Lateinamerika ermöglichen, einen erweiterten Handlungsspielraum zur Unterstützung seiner eigenen Entwicklung und seines Engagements in den internationalen Beziehungen als Friedensmacht und Vermittlerin in Konflikten im Sinne des „Active Non-Alinement“ zu erlangen. Zu den fördernden äußeren Rahmenbedingungen gehört der Übergang vom Uni- zum Multilateralismus. Allerdings müsste eine multilaterale Welt zu einer friedlichen Verregelung ihrer Konflikte kommen, wozu Lateinamerika durch seine Vermittlungsanstrengungen im Ukraine-Krieg einen Beitrag leistet.

Wenn sich aber die Konflikte im Ukraine-Krieg und dem US-amerikanischen und chinesischen Konkurrenzkampf weiter zuspitzen und von langer Dauer sind, wird das negative Auswirkungen auf die lateinamerikanische Autonomie haben. Diese Konflikte werden auch auf lateinamerikanischem Boden ausgetragen und ziehen den Kontinent in die globalen Auseinandersetzungen hinein. Die Ankündigungen des Südkommandos der US-Streitkräfte, „mit dem eigenen Trikot“ vor Ort zu sein und die Renaissance des „Hemisphären-Arguments“ in den USA lassen größere Konflikte zwischen den USA und Lateinamerika befürchten. Wie diese ausgehen werden, hängt entscheidend von der inneren Stabilität und Resilienz der Mitte-Links-Regierungen sowie der Stärke der emanzipatorischen Bewegungen in Lateinamerika ab. Einschränkend wirken dabei die tiefen Spaltungen der Gesellschaft, die Zunahme rechtsextremer Bewegungen und des organisierten Verbrechens, die kein lateinamerikanisches Land verschonen. Grundlegend ist aber auch, ob sich der Trend von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt fortsetzt. Aber Multipolarität allein ist noch keine Garantie für eine stärkere Autonomie Lateinamerikas. Wenn sich die Konflikte zwischen den Globalmächten weiter zuspitzen, es zu einem neuen „Kalten Krieg“ und einer neuen Blockkonfrontation oder gar einem Weltkrieg kommt, wird das die einmal erreichte Autonomie Lateinamerikas wieder einschränken oder verunmöglichen. Sollte der „Worst Case“ eintreten, besteht die Gefahr, in erneute Abhängigkeiten zu geraten, eine Renaissance des Hinterhof-Daseins zu erleben oder gar zwischen den Konflikten der Globalmächte zerrieben zu werden. Letztendlich stehen sich

nicht nur die zwei Prinzipien Uni- und Multilateralismus auf globaler Ebene gegenüber, sondern auch zwei Machtkonzepte, das Zwangskonzept und das Aufbaukonzept. Lateinamerika steht momentan für die letzteren der beiden Konzepte und hat in den vergangenen 15 Jahren davon mit der Stärkung seiner Autonomie profitiert und konnte seinen internationalen Einfluss erhöhen.

Literatur

- Alberto Fernández cuestionó las sanciones económicas a Rusia: „Repercuten muy negativamente en el resto del mundo”. *infobae*, 11.05.2022.
- Andujo, Marta (2023): „Russland und die Ukraine reagieren auf Initiative von Brasilien für ein Ende des Krieges.“ *amerika21*, 27.02.2023.
- Asesor de Volodimir Zelenski reaccionó al plan de AMLO para pacificar Ucrania: „Usan la guerra para sus relaciones públicas.” *infobae*, 17.09.2022.
- Atlantic Council (2023): A Conversation with the General Laura J. Richardson on Security across the Americas. *Atlantic Council*, 19.01.
- Biden, Joseph (2022): *Fact Sheet: President Biden and G7 Leaders Formally Launch the Partnership for Global Infrastructure and Investment*. The White House, Statements and Releases, 26.06.2022.
- “Bill aims to arrest China, Russia influence in Latin America”. *AP*, 07.02.2022.
- Brasil descarta firmar declaración de cumbre contra Rusia. *Prensa Latina*, 30.03.2023.
- Brasil se recusa a assinar declaração anti-Rússia da Cúpula da Democracia. *Brasil247*, 30.03.2023.
- Brazil and Argentina to start preparations for a common currency. *Financial Times*, 21.01.2023.
- Büscher, Peter (2023): Was bedeutet der Währungskrieg für Bitcoin? Die BRICS-Staaten attackieren die globale Vorherrschaft des US-Dollars. *BTC-Echo*, 03.04.
- Campos Mello, Patricia (2023): „Lula vai apresentar a Biden ideia de ‘clube da paz’ para Ucrânia com participação da China.” *folha.uol.com.br*. 08.02.
- Centro de estudios sobre China y Asia-Pasífico (2022): *Second CELAC–China Forum on Poverty Reduction and Development*. Universidad del Pacífico. 13.07.
- Chavez, Lisset (2022): „Cuba y Rusia: dos pueblos más cerca, que defienden la paz.” *Granma*, 23.02.
- China: 12 -Punkte –Friedensplan. *Chinas Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise*. *Pressenza*, 26.02.23.
- China ha dado préstamos opacos por USD 240 mil millones a 22 países en riesgo de cesación de pagos. *infobae*, 28.03.2023.
- Cómo avanza la penetración china en Centroamérica. *infobae*, 19.01.2023.
- Cubadebate (2023): „No teníamos otra opción”, dice canciller ruso sobre invasión a Ucrania. *La Jornada*, 03.04.
- Cui Mu (2014): China und Brasilien – Partnerschaften mit Hindernissen. *DW*, 16.04.
- „Díaz-Canel Recibió a Viacheslav Volodin, presidente de la Duma Estatal de la Asamblea Federal de la Federación de Rusia.” *Granma*, 23.02.2022;
- „Diplomáticos expulsados de Occidente irán a AL, África, Asia y la CEI: Lavrov.” *La*

Jornada, 18.05.2022;

- Duch, Juan Pablo (2022): „Putin ofrece armas a sus aliados de AL, Asia y Africa”. *La Jornada*, 16.08.
- Dussel Peters, Enrique (2020): *Die neue Dreiecksbeziehung zwischen den USA, China und Lateinamerika am Beispiel Mexikos*. Heinrich Böll Stiftung, 11.03.
- Elbaum, Jorge (2023): Experto argentino: El discurso de Xi Jinping fue recibido con mucha expectativa. *CGTN*, 27.01.2023.
- Fortin, Carlos; Jorge Heine und Carlos Ominami (Hrg.) (2023): *The Active Non-Alignment Option*. London, New York, Anthem Press.
- Fritz, Barbara (2023): Gemeinsam unabhängiger. Argentinien und Brasilien streben eine gemeinsame Währung an. *IPG*, 03.02.
- German Foreign Policy (2022): “Global NATO”. *German Foreign Policy*, 28.06.2022.
- González Zorrilla, Gabriel (2022): „Der Einfluss Russlands auf Lateinamerika.“ *DW*, 16.02.
- Grady, John (2023): Chinese Actions in South America Pose Risks to U.S. Safety, Senior Military Commanders Tell Congress. *USNI News*, 09.03.
- Guzmán, Vilma (2023): Bolivien: „USA mangelt es an Analysefähigkeit und Respekt.“ *amerika21*, 14.03.
- Guzmán, Vilma (2023a): Keine Panzermunition für die Ukraine: Brasilien weist deutsches Gesuch zurück. *amerika21*, 28.01.
- Jiménez, Néstor y Alonso Urrutia Acuerdan 11 países de América Latina definir facilidades comerciales. *La Jornada*, 09.04.2023.
- Larren, Felipe und Pepe Zhang (2023): China’s Evolving Presence in Latin America. *Americas Quarterly*, 03.01.
- Lauterbach, Reinhard (2023): Besuch mit Tragweite in Bejjin. *Junge Welt*, 12.04.
- „Lawrow: EEUU ataca a cualquier nación con una política independiente.” (2022). *Prensa Latina*; 14.05.
- Lejtman, Roman (2022): Reunión del G7: Alberto Fernández llegó a Munich para fijar posición sobre la guerra en Ucrania y proponer a América Latina como aliada clave de Europa. *infobae*, 26.07.
- Leland, Lazarus (2023): Lo que América Latina y el Caribe pueden aprender de la influencia de China en África. *infobae*, 29.03.
- Lemoine, Joseph und Yomna Gaafar (2022): There’s more to China’s new Global Development Initiative than meets the eye. *Atlantic Council*, 18.08.2022.
- Lula conversó con Zelensky y reafirmó su decisión de trabajar por la paz en Ucrania. *infobae*, 0203.2023.
- Maihold, Günther (2022): Amerika-Gipfel mit hemisphärischen Divergenzen. Warum Lateinamerika auf Unabhängigkeit setzt und was das für Europa bedeutet. *SWP-Aktuell 2022/A 42*. Berlin, 07.07.2022.
- May, Ernest R. (1992): *The making of the Monroe doctrine*. Cambridge (Mass.): University Press.
- Meneses, Carlo (2022): „Brasil refuerza su comercio con Rusia pese a la guerra en Ucrania y las sanciones de Occidente.” *El Clarin*, 16.07
- Meyer, Magaret (2022): ABelt &Rogh Rough Road. *Wilson Centre*, 28.10.

- Milz, Thomas (2022): „Trotz Ukraine-Krise: Bolsonaro besucht seinen Freund Putin.“ *DW*, 15.02. msc (2023): *Münchener Sicherheitskonferenz 2023*.
- Münzenich, Rolf (2009): *China und Lateinamerika: Brückenschlag zwischen ungleichen Handelspartnern*. In: Lothar Mark und Erich G. Fritz (Hg.), *China und Lateinamerika im Aufbruch - Eine kritische Analyse*: 205-216.
- Nolte, Detlef (2023): Totgesagte leben länger. *IPG*, 03.02.
- Palacio, Ana (2022): Gewinnt China Lateinamerika für sich? *Handelsblatt*, 29.07.
- Paixão, Mayara (2023): Cem dias do Itamaraty sob Lula têm reconstrução de pontes e prioridades errantes. *Folha de S. Paulo*, 09.04.
- Paz, Juan J.; Cepeda Miño und Braulio Carbajal (2022): „China und Russland. Bedrohung für Lateinamerika?“ *amerika21*, 01.12.
- Pinheiro, João (2023): China-Reise könnte Brasilien teuer zu stehen bekommen. *Latinapress*, 23.03.
- Richardson, Laura (2022): *Statement of General Laura Richardson Commander, United States Southern Command before the 11th Congress Senate Committee on Armed Services*. Washington, 24.03.2022.
- Schulze, Tobias (2023): Sieben zeigen Geschlossenheit. *taz*, 17.04.
- Serrichio, Sergio (2022): „Odisea 2022: las exportaciones argentinas más afectadas por la invasión rusa y la guerra en Ucrania“. *infobae*, 15.05.
- Shifter, Michael und Bruno Binetti (2022): A Policy for a Post-American Latin America. How Washington Can Reset Relations With a Region That Needs It Less? *Foreign Affairs*, 03.06.2022.
- Stuenkel, Oliver (2022): How Biden Can Get the Summit of the Americas Right. *Americas Quarterly*, 17.02.2022.
- Telesur (2023): Brasil y China acuerdan acciones comerciales en monedas locales. *Telesur*, 29.03.
- US Department of State (2023) Declaration of the Summit of Democracy, Human Rights and Labor, 29.03
- Weber, Hans (2023): US-Militär warnt vor „unerbittlichen Vormarsch“ Chinas in Lateinamerika. *amerika21*, 13.03.
- Weiss, Sandra (2023): Attraktives Pulverfass. *IPG*, 07.02.
- World Economic Forum (2021): China`s Trade with Latin America is bound to keep growing. Here`s why that matters. *Trade and Investment*, 17.06.
- Wu Baiyi (2015): *Latin America Is the Latest Focus of China`s Major-Power Diplomacy Chinese Academy of Social Sciences*, 21.01.
- Xie Wenting (2023): Argentina can learn from China`s modernization: ambassador. *Global Times*, 09.03.
- Zimmering, Raina (2022): *El trauma latinoamericano y la guerra en Ucrania*. In: *Mundos Plurales. Latin American Journal of Policies and Public Action*, Flacso. Ecuador, Vol.9, Nr. 2: 151-177.
- Zuppello, Maria (2023): El viaje de Lula da Silva a China promete un éxito a corto plazo que puede costarle caro a Brasil. *infobae*, 23.03.